

Stv. Kleber, SPD-Fraktion

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zur Beschlussfassung liegt uns heute ein Haushaltsplanentwurf vor, der stark geprägt ist von der Erfüllung der Pflichtaufgaben.

Der geprägt ist von dem Willen, unsere Stadtgesellschaft zusammenzuhalten, keine Spaltung zu unterstützen, indem wir auch den Schwächeren unter uns helfen. Damit wahren wir die notwendige Balance.

Der geprägt ist von der Überzeugung, die Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Fragestellungen zu beteiligen, ohne uns selbst aus der Verantwortung zu nehmen.

Der geprägt ist von den Eckdaten des Nachtragshaushaltes für das vergangene Jahr und der deutlich macht, dass der neue Kommunale Finanzausgleich ein wesentlicher Grund für die Unausgeglichenheit unseres Haushalts ist. Dieser neue KFA verschärft sogar noch unsere Situation in Wetzlar.

Ein Entwurf, der aber auch unterstreicht, dass der Magistrat trotz zusätzlicher Aufgaben eine Ausweitung des Stellenplans nicht ins Auge fasst und der gewillt ist, alle Einsparpotenziale zu realisieren.

Ein Entwurf, der auch im Bereich der Abschreibungen eine deutliche Veränderung nach oben zeigt.

Ein Entwurf, der aber auch bestätigt, dass trotz aller finanziellen Probleme die Freiwilligen Leistungen nicht zur Disposition stehen. Das gilt für den Bereich des sozialen Engagements genauso wie für die Kultur- und Sportförderung und den ehrenamtlichen Brandschutz. Ohne dieses freiwillige Engagement wären viele Leistungen in unserer Stadt nicht möglich. Das wissen alle Beteiligten, sie wissen aber auch, dass auf uns Verlass ist.

Meine Damen und Herrn,

der Finanzhaushalt zeigt Perspektiven auf für die weitere positive Stadtentwicklung. Zum einen durch neue Vorhaben und zum anderen durch das Abarbeiten der Versäumnisse der bürgerlichen Koalition aus den zurückliegenden Jahren und hier nenne ich nur zwei der vielen eklatanten Beispiele, nämlich den Straßenausbau im Bereich des Hörnsheimer Ecks und die unausweichlichen Kanalsanierungen im Stadtgebiet. Allein deshalb müssten Sie als CDU-Fraktion schon unserem Haushalt zustimmen, denn Sie haben vor vielen Jahren die Anliegerbeiträge kassiert und die Gelder in andere Projekte gesteckt. Das war Ihre so viel gepriesene Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf sieht auch den Mitteleinsatz für neue Wohn- und Gewerbegebiete in Münchholzhausen vor. Mit diesen Investitionen und den Neubaugebieten „Am Rasselberg“ und in Hermannstein steuern wir kräftig gegen die ursprünglich prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für Wetzlar und gehören damit zukünftig mit Sicherheit zu den Gebietskörperschaften, die weiter wachsen. Stärken wird uns hierbei auch die Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus und das Projekt „Soziale Stadt Dalheim/Altenberger Straße“ mit der Errichtung eines Kinder- und Familienzentrums sowie das Quartierskonzept für die Bahnhofstraße. Das Kaufhaus Mauricius wird noch in diesem Jahr abgerissen und durch ein modernes Wohn- und Geschäftshaus ersetzt. Die Stadtbibliothek wird ebenfalls in die Bahnhofstraße verlagert und trägt damit zur stärkeren Frequentierung dieser Einkaufsstraße bei. Einen Riesenschub wird uns auch die Ansiedlung von IKEA geben. Die Negativstimmen werden schon bald verstummen. Ähnlich wie beim Forum und der Arena freuen wir uns dann über die starken Verkehrsströme nach und in Wetzlar. Niedergirmes, Hermannstein und Dalheim werden die Gewinner sein. Ihre Wohnqualität steigt und damit hoffentlich auch das Gewerbesteueraufkommen der Stadt. Mit Freude haben wir den Vorschlag des Magistrats zur Kenntnis genommen, die Mittel des Kommunalinvestitionsfördergesetzes des Bundes für Maßnahmen der energetischen Verbesserung und des Brandschutzes in den städtischen Einrichtungen einzusetzen. Das ist genau die richtige Entscheidung und sie wird mittel- und langfristig zu Einsparungen führen.

Meine Damen und Herren,

in den letzten Jahren haben sich Viele versucht, die Situation am Stadthaus am Dom zu verändern. Unserem neuen OB ist es nach langwierigen Verhandlungen gelungen, diesen Sanierungsfall von der Stadt fernzuhalten. Dafür auch von dieser Stelle aus noch einmal unseren Dank. Mit der Firma Bender haben wir einen Investor gefunden, der das Risiko übernimmt. Und, meine Damen und Herren, auch hier haben die Bürgerinnen und Bürger wieder das Mitspracherecht getreu unserem Anspruch: „Mehr Demokratie wagen.“

Meine Damen und Herren,

für alle die, die nicht so in dem Haushaltsgeschehen verwurzelt sind, will ich mit wenigen Sätzen erläutern, wie ein solcher Haushalt überhaupt zustande kommt. Mitte des Jahres melden die einzelnen Ämter ihren Mittelbedarf für das nächste Jahr an, ebenso auch die Ortsbeiräte. Die Kämmerei sammelt diese Angaben und bereitet sie auf für den Kämmerer. Der führt mit allen Amtsleitern Gespräche und legt den Budget-Rahmen fest. Dann folgt eine Abstimmung in der Dezernentenrunde und anschließend ist der Magistrat am Zuge. Nach seinen Beratungen bringt der Kämmerer den Haushaltsentwurf in unsere Versammlung ein. Meine Damen und Herren, wer diese Schritte kennt, der kann am Ende des Prozesses nie zu der Analyse kommen, alle haben versagt, nur der Kämmerer hat gut gearbeitet. Ich habe die Aussage der CDU-Fraktion zum Nachtragshaushalt als ein Signal an die FDP verstanden. Ein Signal, hier Freunde, wir wollen wieder mit Euch zusammenarbeiten und deshalb schonen wir den Mitverantwortlichen, Euren Kämmerer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wer schon etwas länger Mitglied dieser Stadtverordnetenversammlung ist, der wird sich erinnern können, dass ich in all meinen mehr als 30 Haushaltsreden nie das Thema „Schuldenentwicklung“ ausgeklammert habe. So auch heute nicht. Meine Recherchen haben ergeben, dass die Sozialliberale Koalition im Jahre 1993 der sogenannten „Bürgerlichen Koalition“ einen Schuldenstand von umgerechneten 39,4 Mio € übergeben hat. Heute, nach zwischenzeitlich 18 Jahren CDU/FDP-Regierung, betragen unsere Schulden rd. 200 Mio €, also mehr als das 5-fache. Dabei muss man wissen, dass die jetzige Koalition erstmals für das Jahr 2013 einen weitestgehend unvorbelasteten Haushalt aufstellen konnte. 2011 war der Haushalt lange vor der Übernahme der Regierungsverantwortung verabschiedet. Der Haushalt 2012 war geprägt von den Aktivitäten des Hessentages und in großen Teilen durch die „Bürgerliche Koalition“ vorbereitet. Erst ab 2013 trägt das finanzielle Geschehen unsere eindeutige Handschrift und ab diesem Zeitpunkt ist die jährliche Nettoneuverschuldung gegenüber den Vorjahren um 50 % gesunken.

Meine Damen und Herren, die Schulden sind das eine, die Versäumnisse das andere. Der Investitionsstau beträgt rd. 300 Mio €. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass die Vorgängerregierung die Pflichtaufgaben in weiten Bereichen fast völlig aus den Augen verloren hat. Für sie war wichtig, ihre Prestigeobjekte und damit ihre Wünsche zu erfüllen. Wir müssen jetzt die Reparaturen vornehmen. Insbesondere die Kanalsanierung bindet auf Jahre hinaus Millionen unserer Einnahmen und, meine Damen und Herren, sie muss zwingend durchgeführt werden, sonst gibt es aufsichtsrechtliche Probleme. Angesichts dieser Entwicklung hat der Regierungspräsident in seinem Genehmigungsschreiben zum Nachtragshaushaltsplan Folgendes ausgeführt und ich zitiere aus dem Brief vom 08. Januar 2016: „Grundsätzlich können Nettoneuverschuldungen bei defizitärer Haushaltswirtschaft nur aufsichtsbehördlich toleriert werden, wenn die Notwendigkeit der Investitionen schlüssig dargestellt wird und Komplementärfinanzierungen beispielsweise durch die EU, den Bund oder das Land erfolgen, Verpflichtungen aus Vorjahren bestehen oder Investitionen und Sanierungsmaßnahmen für die weitere Entwicklung der Kommune erforderlich sind. Im Wesentlichen handelt es sich bei den Investitionen der Stadt Wetzlar um Auszahlungen für Brandschutzmaßnahmen, Kanalsanierungen, Verkehrsflächen und -anlagen sowie die Erneuerung und Erweiterung des Verwaltungsgebäudes. Es handelt sich somit um notwendige Investitionen, die für die weitere Entwicklung der Stadt substantiell sind. In Anbetracht des mittelfristig möglichen Haushaltsausgleichs erachte ich die geplante Nettoneuverschuldung als genehmigungsfähig. Ich weise aber darauf hin, dass die Fremdkapitalquote der Stadt Wetzlar im Zeitraum von 4 Jahren um ca. 10 % gestiegen ist. Betrachtet wurde der Zeitraum von 2010 bis im Jahr 2013, da von diesen Jahren Jahresabschlüsse vorliegen. Die Quote von 62,1 % ist besorgniserregend, da eine Überschuldung der Kommune droht. Grundsätzlich sollte die Fremdkapitalquote höchstens 50 % betragen, um die Gefahr der Überschuldung zu verhindern. Daher sollte daran gearbeitet werden, einer weiteren Ausweitung der Schulden entgegenzuwirken.“ Zitatende.

Ich bin mir nicht sicher, meine Damen und Herren, ob jeder Stadtverordnete diese Aussagen des RP kennt, aber sicher bin ich mir bei dieser Koalition, bei diesen hauptamtlichen Dezernenten und vor allem bei unserem neuen OB und Kämmerer, dass zukünftig nur das umgesetzt wird, was nicht zu verhindern ist und unbedingt sein muss und andererseits der Rotstift überwiegend regiert.

Bei Würdigung dieser Gesamtsituation, meine Damen und Herren, ist es immer wieder interessant feststellen zu müssen, dass Einer unter uns in all seinen Reden, in all seinen Publikationen immer und immer wieder betont, wie seriös diese Haushaltsführung der letzten 20 Jahren war und wie gut sie uns als Stadt Wetzlar getan hat. Ich sage Ihnen, und hier stimme ich ausnahmsweise mit Herrn Altenheimer überein, der in der letzten Stadtverordnetenversammlung Folgendes ausgeführt hat, als es darum ging, die Grundsteuer B anzuheben und ich zitiere aus dem Sitzungsprotokoll: „Er sehe aber die Ursache für die Erhöhung der Grundsteuer B nicht im Rosenmontagserlass, sondern darin, dass man mehr Geld ausgegeben als eingenommen habe. Hieraus resultiere die Steuererhöhung. Keine Alternativen, die einer Erhöhung der Grundsteuer entgegenstehen würden, seien weitere Schulden, der Ruf nach dem Land oder das Weginflationieren von Schulden. Man solle zu den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich sein und darauf hinweisen, dass unausweichliche Mehrbelastungen auf sie zukommen werden.“ Zitatende. Eine richtige, aber sehr späte Erkenntnis, Herr Altenheimer.

Ich sage auch heute wieder: „Wetzlar hat in den letzten 20 Jahren über seine Verhältnisse gelebt.“ Und im gleichen Atemzug sage ich auch: Wenn das das Maß und Ziel liberaler Politik auch zukünftig ist, dann sage ich Ihnen, Herr Dr. Büger, hierauf kann Wetzlar getrost verzichten. Und das würde uns als Stadt guttun. Wir können von Glück reden, dass die Schuldzinsen augenblicklich so niedrig sind. Ich will überhaupt nicht daran denken, was geschieht, wenn die Zinsen wieder anziehen. Meine Damen und Herren, wir müssen uns darauf einstellen, dass wir von diesem Schuldenberg so schnell nicht wieder herunterkommen. Auch die nächsten Jahre verschaffen uns nicht die Luft, um Schulden abzubauen zu können. Die überwiegende Mehrheit in den Ortsbeiräten hat diese Situation erfasst und verstanden. Kein zusätzlicher Haushaltsantrag, der die Verschuldung weiter belasten würde, wurde von diesen Gremien gestellt. In diesem Hause haben das noch nicht alle verinnerlicht. Deshalb müssen wir uns später mit Ihren Anträgen befassen. Ihren Antrag, Herr Dr. Büger, zum Thema Freibad, der ja nachher intensiv beraten wird, will ich vorab schon einmal kommentieren. Ein Bad, das 60 Jahre auf dem Buckel hat und dessen Sanierung längst überfällig ist, das nun für die Zukunft ausgerichtet werden muss, möglicherweise wieder für 30, 40 oder sogar 50 Jahre. In diese Sanierung müssen Zukunftsentwicklungen vorausgeahnt, erkannt und umgesetzt werden, so, dass die Attraktivität auch nach dieser Zeit noch vorhanden ist. Das lässt sich nicht über Nacht machen. Wenn das seriös geschehen soll, dann braucht das seine Zeit an Planung und Umsetzung und ist nicht aus der Portokasse zu finanzieren. Ich verstehe ja Ihre Absichten und den jugendlichen Elan. Der 6. März rückt immer näher und Sie müssen ja der Öffentlichkeit klar machen, dass Sie für die Bürger mehr wollen als die jetzt Regierenden. Und es ist ja auch für Sie verdammt schwierig, wenn man außer am Umweltamt, dem Umbau am Leitz-Platz und den im Landtag selbst mit beschlossenen Windkraftprojekt sonst keine Kritikpunkte findet.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren, und bedanke mich bei allen Beteiligten für die Aufbereitung dieses Werkes, für die umfangreichen Erläuterungen, die zu wenigen Nachfragen geführt haben und fasse zusammen: Dieser Haushaltsentwurf basiert auf einer realistischen Ausgangsbasis, er beinhaltet Perspektiven für eine weitere positive Entwicklung unserer Stadt und ist eine gute Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit dieser Koalition. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf zu.